

Christoph Schuck

Die Türkei in Europa:
Überlegungen zur Erweiterung der
Europäischen Union

WP 2009-01

Bielefeld University



St. Petersburg State University



**Centre for German and
European Studies (CGES)**



CGES Working Papers (ZDES Arbeitshefte) stellen die Texte vor, die im Laufe von diversen von ZDES unterstützten Tätigkeiten sowohl in St. Petersburg als auch in Deutschland vorbereitet wurden. Entsprechend der ZDES Mission werden alle Arbeitshefte den interdisziplinären Forschungen von verschiedenen Aspekten der Deutschen und Europäischen Gesellschaft gewidmet.

Diese Ausgabe ist eine leicht veränderte Fassung des Artikels publiziert in Papierform in: Iwona Hanska/Christoph Schuck/Andreas Vasilache/Kirsten Westphal (Hg.): Nachdenken über Europa. Probleme und Perspektiven eines Ordnungsmodells. Baden-Baden: Nomos, 2009.

Dieser Text wurde als Präsentation innerhalb der ZDES Public Lectures dem breiteren Publikum an der Fakultät fuer Soziologie der Staatlichen Universität St. Petersburg am 25. März 2009 vorgestellt und diskutiert.

PD Dr. Christoph Schuck, Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen (i.V.), Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Kontakt: christoph.schuck@uni-jena.de

Einleitung

Die Erweiterung der Europäischen Union (EU) ist auch nach ihrer letzten Vergrößerung auf 27 Mitgliedsstaaten (2007) noch nicht abgeschlossen. Im Paper zur „EU-Enlargement Strategy and Main Challenges“ ist zu lesen, „enlargement is one of the EU’s most powerful policy tools [...]. The present enlargement agenda covers the Western Balkans and Turkey, which have been given the perspective of becoming EU members once they fulfil the necessary conditions“.¹

Im wissenschaftlichen wie im gesellschaftspolitischen Diskurs hat sich in den letzten Jahren insbesondere mit Blick auf eine mögliche Aufnahme der Türkei in die EU eine intensive Debatte abgespielt. Das grundlegende Spannungsverhältnis besteht darin, dass der Türkei seit mehreren Jahrzehnten eine (freilich konditionelle) EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde, sich jedoch gegenwärtig in zahlreichen EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, eine konditionsunabhängige Skepsis manifestiert hat. Anstelle des ursprünglichen Leitmotivs, die Türkei in die EU aufzunehmen, sobald diese die festgesetzten Kriterien erfüllt, treten zunehmend Abwägungen, ob die Türkei überhaupt bzw. grundsätzlich geeignet sei, Teil der EU zu werden. In diesem Zusammenhang wird wahlweise auf die wenig ausgeprägte territoriale Zugehörigkeit zu Europa (nur ein kleiner Teil der Türkei liegt auf dem europäischen Kontinent), die mit der muslimischen Bevölkerungsmehrheit einhergehende religiöse Besonderheit, die vor allem in den östlichen Landesteilen zu beobachtende ökonomische Rückständigkeit, das aus demokratischer Perspektive noch nicht konsolidierte Staats- und Justizsystem oder als inadäquat empfundene außenpolitische Entscheidungen (Zypern) verwiesen. Während die zuletzt genannten Punkte durch entsprechende

¹ EU (Hrsg.) 2007.

Entwicklungen perspektivisch relativiert werden könnten, weisen die beiden ersten Punkte eine naturgegebene Konstanz auf.

Mit dem Wissen um die Vielschichtigkeit der Debatte intendiert der vorliegende Aufsatz, lediglich einen der genannten Aspekte aufzugreifen. Dieser bewegt sich an der Schnittstelle zwischen dem parteipolitischen System der Türkei und der Rolle des Islams und rückt mit der AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei, *Adalet ve Kalkınma Partisi*) eine islamorientierte Partei ins Zentrum der Betrachtungen, die in den letzten Jahren durch bemerkenswerte Wahlerfolge auf sich aufmerksam gemacht hat. Es geht somit im Folgenden nicht darum, das „Für und Wider“ eines möglichen Beitritts der Türkei in die EU zu analysieren, sondern einen in der politischen Landschaft der Türkei bedeutenden Akteur in seinem zwischen Islamismus und Demokratie oszillierenden Verhalten zu beleuchten. Dass die daraus resultierenden Erkenntnisse dann auch für die Beitrittsdebatte von Relevanz sein können, steht außer Frage.

In diesem Zusammenhang werden, basierend auf der an anderer Stelle ausgearbeiteten Theorie des Islamismus,² zunächst vier für das Untersuchungsdesign zentrale Hypothesen aufgestellt:

- *Erstens* wird, wie bereits in einer vorangegangenen Abhandlung dargelegt³ und auch von Alfred Stepan und Graeme B. Robertson empirisch überzeugend erhärtet,⁴ auch im Folgenden davon ausgegangen, dass keine überzeugenden Argumente identifiziert werden können, aus denen sich eine grundsätzliche Inkompatibilität von Islam und Demokratie ableiten ließe. Daraus folgt, dass unter demokratiequalitätsbezogenen Erwägungen die muslimische Prägung der Türkei nicht gegen einen EU-Beitritt spricht.
- *Zweitens* wird davon ausgegangen, dass sich Islamismus und Demokratie in einem zentralen Widerspruch zueinander bewegen, der nicht aufgelöst werden kann. Die Verwendung von Begrifflichkeiten wie „demokratische

² Vgl. Schuck 2008, S. 30-127.

³ Schuck 2007.

⁴ Stepan/Robertson 2003.

Islamisten“⁵ oder „civil Islamism“⁶ wird dementsprechend auch im Folgenden als *contradictio in adjecto* abgelehnt, da sich zentrale islamistische Motivationen, insbesondere die Einführung eines gottbasierten Rechtssystems (*Shari'ah*), selbst mit minimalistischen Demokratiedefinitionen als nicht vereinbar erweisen.⁷ Daraus folgt, dass unter demokratiequalitätsbezogenen Erwägungen eine gesellschaftlich dominierende islamistische Strömung den Beitritt der Türkei zur EU erschweren müsste.

- *Drittens* wird davon ausgegangen, dass sich eine Theorie des Islamismus über dessen Ziele und nicht die zur Implementierung dieser vorgesehenen Methoden definieren sollte. Es spielt somit zwar empirisch, nicht aber konzeptionell eine Rolle, ob die drei deterministischen Kriterien des Islamismus – umfassende Einführung der *Shari'ah* als einziges verbindliches Rechtssystem, inhaltlicher und geographischer Universalismusanspruch sowie Herausstellung einer religionsfundierten moralischen Überlegenheit gegenüber der Außenwelt⁸ – in ihrem Zusammenspiel über gewaltsame oder gewaltablehnende Vorgehensweisen umgesetzt werden sollen. Demzufolge werden Einschätzungen wie die von Jansen, „Islamic fundamentalism [...] cannot exist without violence; hence, Islamic fundamentalism fuses politics, religion and violence“,⁹ nicht geteilt. Daraus folgt, dass auch die Existenz von gewaltablehnenden islamistischen Strömungen in der Türkei den Beitritt des Landes zur EU erschweren müsste.

⁵ Hamzawy 2007, S. 52.

⁶ Rais 1999, S. 200.

⁷ Nur exemplarisch soll an dieser Stelle auf die in islamistischen Kreisen weit verbreiteten Ausarbeitungen Sayyid Qutbs verwiesen werden, die die Widersprüchlichkeit von Islamismus und Demokratie anschaulich verdeutlichen. Er bemerkte: “[Democracies ...] neither accept the rule of God nor do they consider God’s commandments as the only valid basis of all laws; on the contrary, they have established assemblies of men which have absolute power to legislate laws, thus usurping the right which belongs to God alone“ Qutb 1964, S. 82.

⁸ Schuck 2008, S. 36.

⁹ Jansen 1997, S. XIV.

- *Viertens* wird davon ausgegangen, dass gewaltablehnende Islamisten auch systempolitisch partizipierend operieren können. Diese islamistische Akteursvariante habe ich als „Pseudodemokraten“ bezeichnet¹⁰ und dahingehend charakterisiert, dass sie zur Zielimplementierung eine Methodik anwenden, die auf den Prinzipien der Scheinanpassung und Täuschung (*taqiya*) fußt. Mittels einer formalen Eingliederung in das bestehende politische System (etwa durch die Beteiligung an demokratischen Wahlen) wird das langfristige Ziel verfolgt, dieses ggf. mittels einer wahl-spezifischen Legitimation durch ein *Shari'ah* basiertes Ordnungssystem zu ersetzen.¹¹ Daraus folgt, dass eine politische Partei wie die AKP in der Türkei nach besonders eingehender wissenschaftlicher Analyse verlangt, um festzustellen, ob islamistische Ziele lediglich unter dem Deckmantel eines vorgeschobenen Bekenntnisses zu demokratischen Ordnungsprinzipien verfolgt werden.

Der vorliegende Aufsatz behandelt somit die nicht zuletzt auch für einen möglichen EU-Beitritt der Türkei relevante Frage, ob bzw. welche Hinweise vorliegen, die AKP als einen islamistischen bzw. pseudodemokratischen Akteur zu identifizieren. Um sich diesem Problem anzunähern, wird *erstens* ein dreigliedriger Indikatorenkatalog zugrunde gelegt, mit Hilfe dessen überprüft werden kann, ob Parteien Tendenzen eines pseudodemokratischen Charakters aufweisen. *Zweitens* wird dieser in eine Verbindung mit der AKP gesetzt, um zu untersuchen, ob im konkreten Fall Anzeichen eines pseudodemokratischen Charakters vorliegen könnten. *Drittens* werden die beiden Teile zusammengeführt und einige praktische Implikationen abgeleitet.

¹⁰ Vgl. Schuck 2008, S. 110-127.

¹¹ Eine solche Vorgehensweise kann übrigens auch in einem Kontext jenseits des islamistischen Spektrums beobachtet werden. Historisch sei hier nur an die zahlreichen an demokratischen Mechanismen partizipierenden, aber demokratieablehnenden extremistischen Parteien der Weimarer Republik erinnert oder gegenwärtig an die rechtsextreme NPD, die in Deutschland in einige Landesparlamente gewählt worden ist.

1. Theoretische Überlegungen zur islamistischen Akteursvariante der Pseudodemokraten

In Abgrenzung zu den drei anderen identifizierten Islamismusvarianten¹², die im Kontext dieses Aufsatzes von untergeordneter Relevanz sind und daher an dieser Stelle nicht besprochen werden müssen, lässt die Variante der islamistischen Pseudodemokraten die Bereitschaft erkennen, bestehende politische Systeme durch legale Partizipation mitzugestalten – innerhalb der Demokratien zeigt sich dies an der Teilnahme von Wahlen. Wie angedeutet, wird der Gruppe der Pseudodemokraten jedoch attestiert, dass sie dabei ihr Ziel einer mit Demokratiestrukturen (langfristig) inkompatiblen Islamisierung der Gesellschaft aufrechterhalten. Es liegt nahe, dass eine solche Motivation nicht offen auf die parteipolitische Agenda gesetzt werden kann, da ansonsten ein Parteiverbot die logische Konsequenz wäre.

Aus diesem Sachverhalt resultiert zunächst ein konzeptionelles Problem: Islamistische Akteure mit einer Pseudobereitschaft zur Systemkonformität oder gar zur demokratischen Integration bewegen sich in verhaltensspezifischer Nähe zu solchen Muslimen, die keine Pseudointegration, sondern eine aus demokratischer Überzeugung resultierende Teilhabe an demokratischen Systemen anstreben. Eine Differenzierung zwischen diesen Gruppen, von denen die eine aus Islamisten, „die mit Hilfe eines Marsches durch die Institutionen ihre Vision einer Gottesordnung in die Realität umsetzen wollen“¹³ und die andere aus Nicht-Islamisten besteht, gestaltet sich als schwierig. So überrascht es nicht, dass auch und gerade in der politikwissenschaftlichen Debatte die Bewertung solcher Akteure hinsichtlich ihrer Demokratiekompatibilität sehr unterschiedlich ausfällt.

Mit dem Wissen um die konzeptionelle Schwierigkeit, hinsichtlich einer formal und vielfach auch verbal demokratieangepassten Partei eine pseudodemokratische Justierung zu identifizieren, wird vorgeschlagen,

¹² Vgl. Schuck 2008, S. 92-110.

¹³ Tibi 2004a, S 18.

Indikatoren zu entwickeln, deren Berücksichtigung dazu beitragen kann, einen möglichen pseudodemokratischen Charakter festzustellen. Wichtig ist, die aus dieser Vorgehensweise resultierenden Ergebnisse aus den genannten Gründen nicht als „harte Fakten“, sondern vielmehr als Tendenzen zu betrachten, die wiederum nach einer kontinuierlichen Überprüfung und ggf. Neubewertung verlangen. Im Folgenden werden drei kennzeichnende Verhaltensmuster identifiziert, die als typisch für die Variante der islamistischen Pseudodemokraten betrachtet werden:

- *Erstens* wird von diesen Akteuren bewusst eine Zweideutigkeit von Aussagen über die angestrebte Rolle des Islams in der Gesellschaft in Kauf genommen. Zwar wird in der Regel keine offensiv artikulierte Forderung nach Einführung der *Shari'ah* erhoben – die in vielen Fällen ja ohnehin zum Verbot der entsprechenden Partei führen würde – aber parallel findet auch keine klare und unmissverständliche Distanzierung von dem Ansinnen statt, Prinzipien des Islams in Gesellschaft oder sogar Politik des Landes zu verankern. Die Ziele bleiben so häufig bewusst unscharf.
- *Zweitens* versuchen diese Parteien ihre Rolle vor allem als Verteidiger islamischer Wertvorstellungen darzustellen. In diesem Zusammenhang wird häufig betont, dass islamische Werte sich ja gar nicht so sehr von denen anderer Religionen unterscheiden würden und deshalb ja auch im Interesse von Nicht-Muslimen lägen. Die Forderung nach einer Regierung basierend auf dem Prinzip des *good governance*, eine Gesellschaft frei von Korruption und Ausbeutung zu etablieren, und vor allem die Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit werden in diesem Kontext häufig genannt – mitunter auch und gerade in Abgrenzung zu westlichen Gesellschaften.¹⁴ Darüber hinaus wird Kritik an der westlichen Dominanz im internationalen ökonomischen System

¹⁴ So bemerkte etwa der Gründer der (palästinensischen) Hamas Mahmud al-Sahar: „Der Islam ist gegen die Korruption, die Verweichlichung und den Materialismus, die die Gesellschaft in Europa und Amerika zerstört haben. Dort sind die Familien kaputt, es gibt Aids und Drogen. Solche Dinge gibt es hier nicht“ (al-Sahar im Interview mit Spiegel-Online, 21.06.2007).

oder der Außenpolitik der USA häufig angeführt. Ziel dabei ist es, die Botschaft zu verbreiten, man äußere ja Kritik an Sachverhalten, die weit über die islamische Sphäre hinaus geteilt werden würden. Diese Argumentationsstrategie führt in einigen Fällen – und dies umschließt auch Teile des wissenschaftlichen Diskurses – zu einer Offenheit gegenüber diesen Parteien auch in einem internationalen Kontext. Die Tatsache, dass gemäß der eigenen Auffassung zu kritisierende Sachverhalte mit einer islamischen Konnotation versehen werden, wird nicht als suspekt wahrgenommen.

- *Drittens* schließlich kann eine divergierende Art der Argumentation wahrgenommen werden, die sich nach der Adressatengruppe ausrichtet. Hierin besteht für die islamistischen Pseudodemokraten eine der größten Herausforderungen überhaupt. Sie können nur Erfolg haben, wenn es ihnen gelingt, sowohl eine islamische und gerade auch islamistische Unterstützungsgruppe anzusprechen und zu mobilisieren als auch gegenüber der Verbindung von Politik und Islam eher kritisch gegenüberstehenden Akteuren – die gewöhnlich ja über die entsprechenden exekutiven Machtmittel verfügen, eine solche Partei verbieten zu können – stetig zu betonen, dass das gegenwärtige nicht-islamische Staatssystem akzeptiert und keine umfassende Islamisierung der Gesellschaft angestrebt werde. Diesen sowohl argumentativen als auch handlungsspezifischen Spagat zu vollziehen, gestaltet sich als kompliziertes Unterfangen.

2. Möglichkeiten und Grenzen der Identifikation eines pseudodemokratischen Charakters der türkischen AKP

Nachdem die relativ unverhohlenen islamistische Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*, RP) in der Türkei 1995 einen beachtlichen Wahlerfolg erzielte, daraufhin allerdings verboten wurde, gewannen islamisch orientierte parteipolitische

Bewegungen in der Türkei verstärkt an Aufmerksamkeit.¹⁵ Nach Neugründungen und zumindest nach außen hin kommunizierter Änderung der religiös-politischen Agenda gelang es vor allem einer islamorientierten Partei, der „religiös-konservativen“ AKP¹⁶ im Jahr 2002 unter Recep Tayyip Erdogan mehr als 34 Prozent, 2007 gar 47 Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Die relativ erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die artikulierte Offenheit gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei, die regelmäßige Betonung der Notwendigkeit der Einhaltung von Menschen- und damit auch Minderheitenrechten sowie das Bekenntnis zu guter Regierungsführung (auch und insbesondere in Abgrenzung zu anderen Parteien in der Türkei) werden in der wissenschaftlichen wie politischen Debatte vielfach als Kennzeichen gewertet, dass die AKP in etwa so viel Islamisches bzw. Islamistisches verkörpern würde wie die CDU in Deutschland Christliches – nämlich die Verwendung der Religion als eine lose Handlungsinspiration bei einer weit reichenden strukturellen Trennung von Religiösem und Politischem.

Diese Argumentation allein überzeugt freilich wenig, wenn es darum geht, den demokratischen Charakter der AKP hervorzuheben. Zu deutlich sind die Erinnerungen an die zahlreichen Verbote von Parteien und Bewegungen in der Geschichte der Türkei, nicht selten ergänzt durch Militärputsche, die in Richtung einer gesellschaftlichen Islamisierung wirkten, als dass die Führung der AKP nicht die damit verbundene Eigengefährdung erkennen würde. So dürfte für die AKP von Anfang an klar gewesen sein, dass nur gezielte öffentliche Zurückhaltung bei der Forderung nach Implementierung islamischer Konzepte sowie eine betont pro-europäische Politik (und die dadurch zu erzielende Akzeptanz ggf. sogar Unterstützung durch die EU) die türkischen Exekutivkräfte einschränken würde, gegen die AKP vorzugehen. Nicht zuletzt mit dem Verweis auf die demokratische Notwendigkeit einer Eingliederung der Streitkräfte in zivile Kontrollstrukturen verfolgt die AKP nicht nur das Ziel, ihre bzw. die türkische Kompatibilität mit den EU-Richtlinien zu betonen, sondern eben auch, das eigene

¹⁵ Vgl. zur RP und der Islamismusthematik in der Türkei auch: Margulies/Yildizoglu (1997).

¹⁶ Goltz/Kramer 2002, S. 1.

politische Überleben zu sichern. Aydın und Çakir haben in ihren Analysen zur AKP diesen Sachverhalt folgendermaßen beschrieben:

„The opposition of important segments of civil society and the increasing resentment of the military during the Welfare Party’s coalition government were crucial. The post-modern coup initiated a ‘learning process’ among political Islamists, with the latter realising that a party not respecting secularism ‘would have no chance of sustained and effective participation in the Turkish political system given its constitutional boundaries’. They also realised that they needed the West and democracy to build a broader front against the centres of radical secularism in the judiciary, at high levels of the state bureaucracy, in the mainstream media and especially the military. Within this framework, the EU began to be regarded as a natural ally in efforts to decrease the power of the military and to achieve a system of democratic governance, within which Islamic social and political forces would be regarded as legitimate players”.¹⁷

Die gewiss zutreffende Aussage „the AKP has implemented significant democratic reform, primarily in the fields of the fight against torture; the strengthening of civilian control over the military; the reinforcement of human rights; and the protection of minorities, freedom of expression, assembly and association”¹⁸ reicht dementsprechend nicht aus, eine islamistische Parallelmotivation der AKP auszuschließen. Um etwas mehr Licht ins Dunkel des Statutes der AKP zu bringen, mag sich ein Blick auf die drei im vorangegangenen Kapitel definierten Indikatoren als dienlich erweisen.

- *Erstens* soll untersucht werden, ob durch die AKP eine gezielte Zweideutigkeit von Aussagen und Handlungen zur Rolle des Islams forciert wird. Eine solche Tendenz ist erkennbar, wenn berücksichtigt wird, dass zwar einerseits

¹⁷ Aydın/Çakir 2007, S. 1.

¹⁸ Ebd., S. 3.

wiederholt Gesetzesinitiativen mit islamischem Hintergrund (insbesondere zur Erlaubnis, das Kopftuchverbot zu beenden oder religiös ausgerichteten Schulen einen größeren Spielraum zu ermöglichen) eingebracht, nach Widerstand durch die säkularen Teile der türkischen Politik aber kaum mehr weiterverfolgt wurden, da, wie es ausgedrückt worden ist, die unterentwickelte Zivilgesellschaft ja nicht in der Lage sei, Druck auf die entsprechenden Institutionen auszuüben.¹⁹ Oder, mit den Worten von Sultan Tepe: „Reforms come first at the formal level, with policy implementation to be dealt with during a later stage“.²⁰ Die Zweideutigkeit besteht darin, dass der (potentiellen) Unterstützerklientel signalisiert wird, man kümmere sich um die Stärkung des Islams in Gesellschaft und Politik, den säkular orientieren Gegnern parallel jedoch nicht die Möglichkeit gegeben wird, die AKP mit Verweis auf deren Verhältnis zum Islam in die Schranken eines Verbotes zu verweisen. Der bewusst gehaltene Dualismus wird auch an der öffentlichen Eigendarstellung der AKP ersichtlich. Tepe zitiert in diesem Zusammenhang eine Aussage von Erdogan, als dieser sich auf das bereits angesprochene (sehr vage) Konzept der „konservativen Demokratie“ als Leitmotiv der AKP bezog. Erdogan habe bemerkt:

„We are bringing about *a new concept* [conservative democracy] not in an abstract manner, but also in a concrete manner, and this is something that needs to be discussed, debated. ... [A] significant part of Turkish society desires to adopt a concept of modernity that does not reject tradition, a belief in universalism that accepts localism, an understanding of rationalism that does not disregard the spiritual meaning of life, and a choice for change that is not fundamentalist. Conservative democracy is an answer to the desires of Turkish people“.²¹

¹⁹ Ebd.

²⁰ Tepe 2005, S. 75.

²¹ Erdogan, zitiert nach Tepe 2005. S. 76.

- *Zweitens* soll untersucht werden, ob die Kommunikationsweise der AKP in einem Sinne Anwendung findet, man wolle sich lediglich von islamischen Wertvorstellungen, die sich gemeinhin einer konfessionsübergreifenden Zustimmung erfreuen, inspirieren lassen. Auch hier lassen sich einige Übereinstimmungen mit der AKP feststellen.

So wurde beispielsweise seitens der AKP argumentiert, es sei nicht beabsichtigt, die *Shari'ah* einzuführen, sondern lediglich Punkte wie etwa eine korruptionsfreie Regierungsführung oder soziale Gerechtigkeit als Resultat einer islamisch beeinflussten Politik zu praktizieren. Ähnlich wie strukturell verwandte Parteien²² tendiert auch die AKP, sich in Bezug auf die angestrebte Rolle des Islams nicht klar festzulegen. Tepe hat bei seinen Analysen festgestellt, „AKP's [...] view avoids these questions [...] especially those that center on Islam's role in shaping political and social life [...]. The AKP avoids strong ideological statements or open conflicts, and constantly adapts its positions to the expectations of other political players“;²³ als konkretes Beispiel für dieses Verhalten benennen Goltz und Kramer Folgendes:

„Die AKP [...] bekennt sich ausdrücklich zur türkischen Verfassung. Sie stellt sich als Partei dar, der die Bewahrung lokaler Werte und einer pluralistisch verstandenen Moral ein wichtiges Anliegen ist. In diesem Sinne interpretiert sie auch den Laizismus. Religion sei eine der wesentlichen Institutionen der Menschheit, Laizismus jedoch die notwendige Bedingung für Demokratie und Religionsfreiheit“.²⁴

Ein weiteres Beispiel stellt die Debatte über das Kopftuchverbot an türkischen Universitäten dar, das die AKP stets angefochten hat. Interessant ist dabei jedoch die Art und Weise der Argumentation – zumindest nach außen: Die

²² Etwa die MSP in Algerien, die PJD in Marokko oder die PKS in Indonesien.

²³ Tepe 2005, S. 75 und 77.

²⁴ Goltz/Kramer 2002, S. 4f.

Abschaffung des Verbotes wurde nicht etwa mit dem Argument der islamischen Verpflichtung – d.h. religionsbezogen – begründet, sondern als ein allgemeines Menschenrecht, sich frei entfalten zu können. Dabei wurde stets darauf hingewiesen, man orientiere sich an den klassischen europäischen Wertevorstellungen.²⁵ Diese mehr werte- als religionsbezogene Argumentationsweise der AKP führt Gilles Kepel zurecht auf die „forced secularization of Turkish Islamists“ zurück.²⁶ Der von der AKP verwendete Slogan „ethics and morality first“²⁷ könnte dann freilich bedeuten, dass die AKP-Eliten sich aus strategischen Überlegungen heraus als gemäßigt wertebezogen und nicht offen islamistisch porträtieren – denn auch hier gilt unbestritten: Würde die AKP mehr religions- als wertebezogen argumentieren, wäre ein unmittelbares Verbot, das bereits von Seiten der türkischen Justiz (bisher erfolglos) angestrebt worden ist, die Konsequenz.

- *Drittens* soll untersucht werden, ob sich die Kommunikationsweisen in Abhängigkeit zur Adressatengruppe gestalten. Als Beispiel kann hier das Verbot des Alkoholausschanks in Kantinen staatlicher Behörden und auf öffentlichen Plätzen ebenso angeführt werden wie die Geschlechtertrennung an öffentlichen Stränden und in Bädern. Beides wurde von der AKP eingeführt und erinnert klar an Leitlinien der *Shari'ah*. Während türkische Islamisten, wie etwa der „ultra-religiöse Flügel ihrer sunnitischen Stammwählerschaft“²⁸, dies als islam-adäquate Politik klar identifizieren und begrüßen, wurden diese Initiativen von der AKP nach außen – d.h. in Richtung des türkischen Militärs und Verfassungsgerichtes sowie in Richtung Europa – vollkommen anders kommuniziert. Cemal Karakas bemerkt:

²⁵ Vgl. Aydın/Çakir 2007, S. 9f.

²⁶ Kepel 2004, S. 342.

²⁷ Aydın/Çakir 2007, S. 11.

²⁸ Karakas 2007, S. 37.

So kam es [...] zu einer sukzessiven Verbannung alkoholischer Getränke aus den Kantinen der Ministerien und staatlichen Behörden. In AKP-regierten Kommunen wurde der Ausschank von Alkohol und sein Genuss auf öffentlichen Plätzen eingeschränkt – mit der interessanten Begründung, dass dies weniger aus den Regeln der Scharia entsprungen sei, sondern es ginge – wie in den USA – vielmehr um den Schutz der persönlichen Gesundheit und die Einsparung öffentlicher Gesundheitskosten. Des Weiteren sorgen AKP-Politiker immer wieder für Schlagzeilen, die öffentliche Parks und Strände nach islamischen Kriterien in Männer- und Frauenbereiche einteilen oder in öffentlichen Schwimmbädern gesonderte Badetage für Frauen einführen möchten – dies gäbe es auch im christlichen Europa“.²⁹

3. Praktische Implikationen der theoretischen Überlegungen

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich im wissenschaftlichen Diskurs mit Blick auf die AKP und vergleichbare Parteien zwei Problemstellungen herauskristallisiert haben:

Erstens bestehen analytische Divergenzen, ob Parteien mit islamischem Bezug überhaupt dem islamistischen Spektrum zuzurechnen seien oder ob ihre Existenz, wie Jenny B. White etwas verwegen erwogen hat, gar ein Beleg für „the end of Islamism“³⁰ sei. Schließlich würden Politiker, wie White am Beispiel der AKP erklärt, lediglich für die Berücksichtigung eines islamischen Wertekatalogs eintreten, der auf freiwillig-individueller und nicht auf staatlich-institutioneller Basis als Leitlinie angesehen werden solle. Außerdem könne auch beim Wahlkampf der AKP ein „absence of almost any Islamist references in their major campaigning speeches“ beobachtet werden.³¹

Zweitens bestehen analytische Divergenzen, wie – falls ein islamistischer Charakter festgestellt wird – mit der Problematik umgegangen werden sollte,

²⁹ Ebd., S. 32.

³⁰ White 2005, S. 87.

³¹ Özel 2003, S. 83; Wobei hier die zweifache Relativierung (almost; major) bemerkenswert ist.

dass islamistische Parteien sich erfolgreich demokratischer Mechanismen bedienen, um undemokratische Ziele zu erreichen. Diese Fragestellung ist eng mit dem Problem des *Islamic-Free-Elections-Trap*³² verknüpft, das in Situationen entsteht, in denen Islamisten sich in politischen Parteien organisieren, die in zum Teil durchaus demokratischen Maßstäben entsprechenden Wahlen in der Lage sind, Mehrheiten zu sichern. Dies erzeugt die Fragestellung, ob der demokratische Gedanke auch dann noch institutionelle und prozedurale Implementierung erfahren darf, wenn die Bevölkerungsmehrheit „den Falschen wählt“³³, also für einen antidemokratischen Akteur und damit – intendiert oder nicht – de facto gegen die Demokratie als politisches System stimmt. Nun haben insbesondere konsolidierte Demokratien Mechanismen geschaffen, die ein solches Szenario nach Möglichkeit von Beginn an verhindern sollen; insbesondere durch den in der Verfassung verankerten Ausschluss von Parteien, die sich dem demokratischen System nicht verpflichtet fühlen. Dass ein solches Präventionssystem freilich auch Möglichkeiten des Missbrauchs beinhalten kann – etwa indem eine erfolgreiche aber unliebsame Partei vorschnell und ungerechtfertigt verboten wird – ist evident. Bei allen auch in diesem Aufsatz beschriebenen möglichen demokratiebezogenen Problemen der AKP kann auch ein solches Szenario mit Blick auf die Türkei und die AKP-bezogenen Verbotsanstrengungen von Justiz und Militär nicht ausgeschlossen werden.

Wie gestalten sich nun die praktischen Implikationen, die sich aus diesen beiden Problemkonstellationen in Verbindung mit den gewonnenen Erkenntnissen ergeben?

- Mit Blick auf den *ersten* Aspekt lässt sich feststellen, dass das zugrunde gelegte Islamismusmodell eindeutig von der Möglichkeit ausgeht, dass auch gewaltfreie und sogar demokratisch partizipierende Gruppierungen das Ziel verfolgen können, längerfristig demokratische Prinzipien gerade durch eine systemspezifische Teilhabe zugunsten eines sog. gottgegebenen

³² Stepan 2000, S. 48.

³³ Steinbach 2006.

Ordnungssysteme auf Grundlage der *Shari'ah* zu unterminieren oder gar zu eliminieren. Tibi hat Recht, wenn er schreibt, dass die „Islamization of Democracy via political Islam“ eine Bedrohung für Demokratien darstelle, denn „political Islam is definitely not a new open avenue for democratization“.³⁴ Inwiefern es sich bei der türkischen AKP um einen solchen pseudodemokratischen Akteur handelt, ist aufgrund der eingangs formulierten konzeptionellen Schwierigkeit einer zweifelsfreien Identifikation nicht abschließend zu bewerten. Die drei untersuchten Sachverhalte verdeutlichen, dass hinsichtlich der AKP zumindest einige Indizien herausgearbeitet werden können, die Anlass geben, die islamistische und dementsprechend pseudodemokratische Option nicht ausschließen zu können.

- Mit Blick auf den *zweiten* Aspekt lohnt es sich, einige Überlegungen anzustellen, wie aus einer normativ-demokratischen Perspektive mit der AKP verfahren werden sollte. Hier fällt der Befund eindeutig aus: Solange keine eindeutigen und nachweisbaren Verletzungen der demokratischen Regeln und Abläufe auftreten, ist die Existenz der AKP und ihre Partizipation am demokratischen Prozess uneingeschränkt zu akzeptieren. Unter dieser Voraussetzung stellt sie – gewollt oder ungewollt – einen legalen und auch legitimen Teil eines pluralistisch ausgerichteten Gesamtsystems dar. Selbst wenn einige Aspekte dafür sprechen, dass es sich bei der AKP mit Blick auf die zugrunde gelegte Theorie des Islamismus³⁵ um die Akteursvariante der Pseudodemokraten handeln könnte, reichen diese (zumindest zurzeit) nicht für ein Verbot aus. Als Voraussetzung für ein solches sind signifikante und systematische Verfassungsverletzungen zu identifizieren, die dann in ein aus rechtsstaatlicher Perspektive unbedenkliche Parteiverbotsverfahren münden – Einzelvorstöße des Militärs oder einiger Angehöriger des Verwaltungssektors gehören nicht in diese Kategorie. Stattdessen kann mit

³⁴ Tibi 2004b, S. 174.

³⁵ Vgl. Schuck 2008, S. 29.

Blick auf die AKP, erneut basierend auf dem zugrunde gelegten Islamismusmodell und damit in systematischer Abgrenzung zu den gewaltbereiten bzw. systemopponierenden islamistischen Akteursvarianten, die Chance genutzt werden, in einen Dialog zu treten. Die AKP und ähnliche Parteien erweisen sich als grundsätzlich empfänglich für Diskussion, Verhandlung, Meinungspluralismus und Konsensstreben. Dass dabei trotzdem unter Beachtung des Prinzips der *taqiya* die Gefahr eines potentiellen islamistischen Vetoakteurs nicht aus den Augen verloren werden sollte, ist Bestandteil einer kritischen und wehrhaften Demokratie. Somit gilt auch für die EU – trotz der regelmäßigen Bekundungen der AKP, die Türkei als gleichberechtigtes Mitglied in dem europäischen Integrationsprozess verankern zu wollen – die AKP unter demokratiespezifischen Aspekten aufmerksam und kritisch zu beobachten.

Literatur

- Al-Sahar, Mahmud (1997). Interview. In: Spiegel-Online, 21.06.2007.
- Aydin, Senem/Çakır, Ruşen (2007). Political Islam in Turkey. CEPS Working Document Nr. 265.
- Beinin, Joel/Stork, Joe (Hrsg.) (1997). Political Islam. Essays from Middle East Report. Berkeley.
- EU (Hrsg.) (2007). EU-Enlargement Strategy and Main Challenges 2007-2008. Brüssel.
- Forrester, Geoff (Hrsg.) (1999). Post-Suharto Indonesia. Renewal or Chaos. Singapore.
- Goltz, Gabriel/Kramer, Heinz (2002). Politischer Erdbeben bei den Wahlen in der Türkei. Die lang erwartete Überraschung. In: SWP-Aktuell. Nr. 48.
- Hamzawy, Amr (2007). Der politische Wandel in der arabischen Welt. Demokratische Islamisten – eine Herausforderung. In: Auswärtiges Amt 2007, 52-66.
- Hefner, Robert W. (Hrsg.) (2005). Remaking Muslim Politics. Pluralism, Contestation, Democratization. Princeton: Princeton University Press.
- Helmanita, Carlina/Abubakar, Irfan/Afrianty, Dina (Hrsg.) (2004). Dialogue in the World of Disorder. A Response to the Threat of Unilateralism and World Terrorism. Jakarta.
- Jansen, Johannes J. G. (1997). The Dual Nature of Islamic Fundamentalism. Ithaca: Cornell University Press.
- Karakas, Cemal (2007). Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen. HSKF-Report 1/2007.
- Kepel, Gilles (2004). Jihad. The Trail of Political Islam. London.
- Margulies, Ronnie/Yildizoglu, Ergin (1997). The Resurgence of Islam and the Welfare Party in Turkey. in: Beinin/Stork (Hrsg.). Political Islam. Essays from Middle East Report. Berkeley, S. 144-154.
- Özel, Soli (2003). Turkey at the Polls. After the Tsunami. In: Journal of Democracy. Bd. 14, Nr. 2, S. 80-94.
- Qutb, Sayyid (1964). Milestones. Damascus.
- Rais, Amien (1999). Islam and Politics in Contemporary Indonesia. in: Forrester, Geoff (Hrsg.). Post-Suharto Indonesia. Renewal or Chaos. Singapore, S. 198-203.

- Schuck, Christoph (2007). Islam und die Legitimität von Herrschaft: Erkenntnisse aus der konzeptionellen Heterogenität des Islams in Indonesien für Demokratie und Systemtransformation. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB). Bd. 14, Nr. 1, S. 71-100.
- Schuck, Christoph (2008). Die Entgrenzung des Islamismus. Indonesische Erfahrungen im globalen Kontext. Baden-Baden: Nomos.
- Steinbach, Udo (2006). Wenn das Volk die Falschen wählt. Die Hoffnungen auf grundlegende Veränderungen im Nahen Osten haben sich bisher nicht bewahrheitet. In: Internationale Politik. Nr. 61, S. 14-20.
- Stepan, Alfred/Robertson, Graeme B. (2003). An "Arab" more than a "Muslim" Election Gab. In: Journal of Democracy. Bd. 14, Nr. 3, S. 30-44.
- Stepan, Alfred (2000). Religion, Democracy, and the 'Twin Tolerations'. In: Journal of Democracy. Bd. 11, Nr. 4, S. 37-57.
- Tepe, Sultan (2005). Turkey's AKP. A Model 'Muslim Democratic' Party? In: Journal of Democracy. Bd. 16, Nr. 3, S. 69-82.
- Tibi, Bassam (2004a). Der neue Totalitarismus. Heiliger Krieg und westliche Sicherheit. Darmstadt.
- Tibi, Bassam (2004b). Islamic Civilization and the Quest for democratic Pluralism. Good Governance and the political Culture of Non-Violence. In: Helmanita, Carlina/Abubakar, Irfan/Afrianty, Dina (Hrsg.). Dialouge in the World of Disorder. A Response to the Threat of Unilateralism and World Terrorism. Jakarta, S. 159-203.
- White, Jenny B. (2005). The End of Islamism? Turkey's Muslimhood Model. In: Hefner, Robert W. (Hrsg.). Remaking Muslim Politics. Pluralism, Contestation, Democratization. Princeton: Princeton University Press, S. 87-112.



ZDES Working Papers

Arbeitspapiere des Zentrums für Deutschland- und Europastudien

Рабочие тетради Центра изучения Германии и Европы

Universität Bielefeld – Fakultät für Soziologie
Postfach 100131 – 33501 Bielefeld – Deutschland

Staatliche Universität St. Petersburg – 7/9 Universitetskaja Nab.
199034 St. Petersburg – Russland

<http://zdes.spb.ru/>

info@zdes.spb.ru